

# Der lustvolle Stachel in der Gesellschaft

**Kulturinitiativen in Hessen gehen gemeinsam auf die Suche nach tatkräftiger öffentlicher Unterstützung**

*Von Pamela Dörhöfer*

**"Soziokultur soll nicht das Öl, sondern der Sand im Getriebe sein. Das aber muss regelmäßig geölt werden." Diese Formulierung des Publizisten Hermann Glaser wurde zu einem Kernsatz des 1. Kulturpolitischen Diskurses, zu dem die Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in Hessen (Laks) am Samstag nach Darmstadt geladen hatten.**

DARMSTADT. Sie betreiben Kulturzentren in alten Schlachthöfen, Fabrikhallen oder Scheunen und hatten sich für ihren ersten Kongress mit dem Hessischen Staatsarchiv mit dessen Karolinensaal einen feudalen Rahmen ausgesucht - vielfach ironisch kommentiert zwar, aber doch ein Zeichen für eine neue Gelassenheit im Umgang mit "etablierten Räumen", zu denen die Pioniere der Soziokultur vor rund 30 Jahren noch einen Gegenentwurf liefern wollten.

Ein neues Selbstverständnis und die alten Probleme, darum vor allem kreiste der Kulturpolitische Diskurs, bei dem die Laks nicht nur die eigenen Leute, sondern auch Vertreter der für sie "relevanten öffentlichen Hände" zusammenbringen wollte: mit dem Ziel, den Kulturinitiativen bessere Rahmenbedingungen zu verschaffen. 30 solcher soziokulturellen Zentren gehören in Hessen der Laks an, ihre Angebote - Konzerte, Theater, Kleinkunst, Kurse - werden jährlich von rund einer Million Menschen genutzt. Dem stehen ernüchternde Zahlen gegenüber: Vom Land erhalten die soziokulturellen Zentren jährlich gerade einmal 800 000 Mark Zuschuss; der gesamte Kulturetat beträgt 300 Millionen Mark. Auch viele Kommunen haben für ihre alternativen Tempel nur "marginale Beträge" übrig, wie beklagt wurde.

Würden die Zentren nicht "45 bis 70 Prozent" selbst erwirtschaften, könnten die meisten auf Dauer wohl kaum überleben. Auf einen hauptamtlichen Mitarbeiter kommen in der Soziokultur zwölf ehrenamtliche, für Christine Knüppel von der Laks "keine Basis für eine kontinuierliche Arbeit". Die Geschäftsführerin des Kulturzentrums Schlachthof in Kassel führte im Gegenzug ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen an: In einem Zentrum in Essen arbeiten ihren Angaben zufolge so viele Hauptamtliche wie in sämtlichen Einrichtungen Hessens zusammen.

Bei allen Klagen über das Land und die Kommunen: Norbert Lammert, kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU / CSU-Bundestagsfraktion, möchte auch den Bund nicht aus der Verantwortung entlassen. Im September 1999 hatte er eine große Anfrage zur Soziokultur an die rot-grüne Regierungskoalition initiiert und die Antwort ein Jahr später erhalten - was er ebenso genüsslich thematisierte wie die Tatsache, dass ausgerechnet er, Mitglied einer konservativen Partei, als einziger aus dem Berliner Abgeordnetenhaus geladen war. Dort gebe es eine "handfeste unterschiedliche Behandlung" zwischen "klassischer" und Soziokultur. Er monierte, dass es keine kontinuierliche Förderung gebe, allenfalls bestimmte Projekte unterstützt würden.

Über das Verhältnis von klassischer und alternativer Kultur wurde viel debattiert in Darmstadt - mit dem Tenor, dass die Zeit erbitterter Gegnerschaften vorbei sei. Auch Hermann Glaser, von 1964 bis 1990 sozialdemokratischer Kulturdezernent in Nürnberg, plädierte für ein "Und" anstelle eines "Entweder oder". Gleichwohl ist er gegen eine Nivellierung der Unterschiede: Die Soziokultur müsse ein "lustvoller Stachel" in der Gesellschaft bleiben. Ebenso wichtig seien Konflikte mit der Politik zum Wohle stetiger "Reflexion". Auch gegen eine "Professionalisierung" im Sinne eines reglementierten Ausbildungsweges verwehrt sich Glaser - um im nächsten Atemzug über den Missbrauch des Wortes "Ehrenamt" zu wettern. Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement, unbezahlte Arbeit - Synonyme, die vielen auch für Ausbeutung und einen Mangel an Absicherung standen.

Ein verbindliches Versprechen war den geladenen Landtagsabgeordneten freilich nicht abzuringen. Immerhin: Eva Kühne-Hörmann, kulturpolitische Sprecherin der CDU, sagte zu, sich für eine Erhöhung des Zuschusses an die Soziokultur von 800 000 auf 1,5 Millionen Mark einzusetzen. Das Geld solle vor allem bezogen werden auf konkrete Projekte - womit sie im Gegensatz zu ihrem Parteifreund aus Berlin stand.

[ document info ]

Copyright © Frankfurter Rundschau 2001  
Dokument erstellt am 18.11.2001 um 23:56:43 Uhr  
Erscheinungsdatum 19.11.2001